

Konsumverweigerung und Käuferstreik

A. Beck

Allenhalben begegnet uns derzeit in den politischen Diskussionen der Begriff Konsumverweigerung. Der Begriff hört sich im ersten Moment nicht sonderlich spektakulär an, lehrt aber etwas über die Denkweise die hinter den politischen Reden steckt.

Der Begriff Verweigerung bezeichnet einen aktiven Vorgang, eine Willenserklärung etwas *nicht* zu tun. Dies schließt daher auch die Möglichkeit ein, daß man sich in der Lage sieht anders entscheiden zu können, wenn man es denn wollte. Konsumverweigerer sind also Menschen, die aus sachlichen, moralischen oder religiösen Gründen den Konsum ablehnen, ähnlich wie Kriegsdienstverweigerer den Wehrdienst ablehnen.

Analoges gilt auch für den Alternativbegriff des Käuferstreiks. Bei einem Streik handelt es sich ebenfalls um eine aktive Handlung mit einer entsprechenden Wahlmöglichkeit. Dazu kommt noch, daß eine der wichtigsten Eigenschaften eines Streiks fehlt: Die Forderungen an die Verkäufer.

Zieht man die allgemeine Lage in Betracht, so kommt man schnell zu der Erkenntnis, daß es in der Bevölkerung weder zu einer sprunghaften Zunahme moralischen Handelns, noch plötzlich zu innbrünstiger Religiosität — auch wenn die allgegenwärtigen Bilder des alten und neuen Papstes anderes zu vermitteln versuchen — gekommen ist.

Blieben noch die sachlichen Gründe als Erklärungsmöglichkeit übrig. Aber auch hier macht sich schnell Ernüchterung breit, denn die Erkenntnis, daß „immer mehr“ nicht gleichbedeutend ist mit „glücklicher“ scheint nicht deutlich ausgeprägter zu sein als noch vor kurzer Zeit.

Woher rührt dann aber der Vorwurf der Konsumverweigerung und wer verweigert eigentlich den Konsum? Die Oberklasse jedenfalls kann nicht zur Gruppe der Verweigerer gehören, denn der Absatz von Luxusartikeln

leidet zumindest nicht. Auch die schon seit langem klagende Verlagsbranche scheint in diesem Marktsegment gute Geschäfte zu machen, boomt doch der Absatz von Magazinen für diese Zielgruppe.

Ebenso können die wachsenden Gruppen der Arbeitslosen- und Sozialhilfeempfänger (ALG II, Hartz IV) mit Sicherheit keine Konsumverweigerer sein. Im Gegenteil, bei ihnen handelt es sich im Grunde um Zwangskonsumenten, denn ihnen bleibt gar nichts anderes übrig, als ihre spärlichen Mittel vollständig zu konsumieren. Gemäß der Definition sind sie gar nicht in der Lage den Konsum zu verweigern — sofern sie nicht verhungern wollen —, da sie keine Wahlmöglichkeit haben. Verbleibt noch die Mittelschicht, die aber ebenfalls zunehmend weniger Geld zur Verfügung hat und sich daher ebenfalls einschränken muß.

Das bisher Gesagte läßt nur einen Schluß zu: Bei der beklagten Konsumverweigerung handelt es sich um einen weiteren fundamentalen Irrtum der politischen Klasse in der Einschätzung der aktuellen Situation. Ein Eindruck der außerdem noch durch die im gleichen Atemzug genannte Forderung „den Gürtel enger zu schnallen“ verstärkt wird. Gleichzeitiges konsumieren und sparen sind so pauschal nicht miteinander zu vereinbaren.

Es gibt keine breit angelegte Konsumverweigerung. Die Ursache des verminderten Konsums ist das Ergebnis nüchterner Abwägungen zum Einsatz begrenzter finanzieller Ressourcen. Weiten Teilen der Bevölkerung geht schlicht und ergreifend das Geld aus oder ist es bereits ausgegangen, um überhaupt konsumieren zu können. Wohingegen in der Politik die Meinung vorherrscht, daß ausreichend Mittel vorhanden sind.

Außen vor bleibt hier die Tatsache ob es überhaupt wünschenswert ist, wenn dem ständigen Ruf nach mehr

Konsum Folge geleistet werden würde. Es besteht die mehr als begründete Annahme, daß mehr Konsum letztendlich mehr Probleme schafft als beseitigt. Konsum als Selbstzweck kann doch wohl nicht der angestrebte Lebensinhalt einer Gesellschaft sein, hoffentlich.

Der im politischen Sprachgebrauch gemachte Vorwurf der Konsumverweigerung passt in das allgemeine Bild, welches die politische Klasse von der Bevölkerung hat, da es nicht der Einzige ist der in diese Richtung zielt: Nicht in der Politik werden Fehler gemacht, sondern jeder Einzelne ist selber Schuld, wenn er keinen Arbeitsplatz findet. Schon seit Jahren werden Arbeitslose von allen großen Parteien systematisch in die Ecke von Drückbergern und Kriminellen gestellt. Dazu gehört sowohl die Aussage von Bundeskanzler Gerhard Schröder, daß es *kein Recht auf Faulheit gäbe* [1] als auch die kürzlich wieder ausgegrabene, aber bereits 2002 von der CDU (Landtagsfraktion Hessen) veröffentlichte Aussage zur Fußfessel für Langzeitarbeitslose [2]:

Die Probanden werden zu einer für ihre Verhältnisse enormen Selbstdisziplin und zur Erfüllung des von ihnen vorgegebenen Wochenplans angehalten. Die elektronische Fußfessel bietet auch Langzeitarbeitslosen und therapierten Suchtkranken die Chance zu einem geregelten Tagesablauf zurückzukehren und in ein Arbeitsverhältnis vermittelt zu werden.

Zusammen mit anderen Äußerungen (bspw. Lager für Asylsuchende) und Verhaltensweisen (bspw. Spendenaffären) ergibt sich daher die Frage ob die derzeitigen Parlamentarier überhaupt die für ihre Aufgabe notwendige moralisch-sittliche Reife besitzen.

Copyright © 2005 Attraktor

Alle Rechte vorbehalten. Jegliche teilweise oder ganze Weiterverbreitung und Weiterverarbeitung in jedwedem Medium in Teilen oder als Ganzes bedarf der schriftlichen Zustimmung. Für die in den hier veröffentlichten Inhalten, Daten oder Programmen möglicherweise enthaltenen Fehler und den daraus resultierenden Schäden wird keine Haftung übernommen. Auch wird keine Verantwortung für die Inhalte von Seiten, auf die hier verwiesen wird („Verlinkung“) übernommen.

Resümee

Der Vorwurf der Konsumverweigerung drückt nicht nur eine massive Unzufriedenheit der Regierenden an den Regierten aus, sondern ist in der gegenwärtigen Lage eine massive Beschimpfung von weiten Teilen des Volkes, also des Souveräns, und dient der Vertuschung eigener Fehlentscheidungen. Ein Übriges tut die implizierte Verbindung der Begriffe arbeitslos und kriminell. Eine politische Klasse die auf diese Art und Weise weite Teile der Bevölkerung bewußt verunglimpft und sie ausgrenzt, muß sich nicht wundern, wenn sie über kurz oder lang der politischen Verantwortung enthoben wird, mit oder ohne Stimmzettel.

Nicht unerwähnt bleiben soll die Tatsache, daß ein Käuferstreik, vulgo Boykott, eine mächtige und wirkungsvolle Waffe in der Hand der Verbraucher sein kann, um sich gegen Machenschaften im Handel zur Wehr zu setzen. Im Gegensatz dazu führt jedoch ein Wahlboykott, also das aktive Nicht-Wählen, eher zu einer weiteren Verfestigung der eigentlich unerwünschten Situation.

Referenzen

1. BILD-Zeitung. Gerhard Schröder. 06.04.2001.
2. Justizpolitik TOP 17; Elektronische Fußfessel in Hessen erfolgreich; Thorsten Geißler.
<http://WWW.CDU.ltsh.de/Info/Q2-02/264-02.htm>
Man beachte das Linkdatum Q2-02 und das im HTML-Quelltext des Originaldokumentes gesetzte Datum:
<o:Created>2002-06-20T10:34:00Z</o:Created>
<o:LastSaved>2002-06-20T10:34:00Z</o:LastSaved>